

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gedr. Anstalt, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau

Verlagspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 850.— M., unter Bezugnahme für Deutschland wöchentlich 20.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gehalt. Kompositionelle Zeile 100.— M., die 5gehaltene Reklamazeile 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefeinstellung 80 M.

Nr. 13

Dresden, Dienstag den 16. Januar 1923

34. Jahrg.

Der glorreiche Vormarsch

Essen, 15. Januar. (Fig. Draht.) Feldmächtig geübt haben heute französische Infanterie und Artillerie die Vorarbeiten gegen ein friedliebendes Volk fortgesetzt. In den ersten Vormittagsstunden wurden die Bahnhöfe auf der Strecke von Essen nach Bochum besetzt, weitere Landgebiete blieben bis heute noch verschoont. Nachdem selbst in den „Siegen“ gegen Mittag „eingesammet“ worden. Die überall, wurden auch hier der Vorhut die Post und andere wirtschaftliche Behörden unter die Kontrolle der französischen Besatzung gestellt. Kaum war der Rechtsbruch vergrößert, als auch schon der Besatzungsstand verhängt wurde — trotzdem aber die Ankündigung, daß eine Einschränkung der freien Rechte der Bevölkerung nicht erfolge. Wohllos sind die Truppen von der Bevölkerung empfangen worden, die gegen die militärische Aktion protestierte, — aber schon von blaugrauen Eindringlingen umgeben war. Erst gegen Abend bildeten sich auf den Hauptverkehrsstraßen Abige, die unter „Deutschland, Deutschland über alles“, die Macht am Rhein“ und fortgesetzten Hochrufen auf Deutschland die Stadt durchzogen. Die Franzosen zögerten nicht ein.

Unter Zurücklassung einer starken Stadtwache setzten die Haupttrupps der französisch-belgischen Truppenverbände in Bochum den Vormarsch in der Richtung auf Dortmund fort. Starke Verstärkungen transportierten sie mit der Eisenbahn nach. Die Abige mußten von der Eisenbahndirektion auf Befehl zur Verfügung gestellt werden. Doch dieser Befehl, der zu großen Verzögerungen für die nach Mitteldeutschland fahrenden Abige und damit zur Verhinderung in ganz Deutschland führte, jeder wirtschaftlichen Remittent widerspricht, ist selbstverständlich. — Abends 7 1/2 Uhr war Dortmund noch nicht besetzt. Bis zu den Vorstädten war aber der Rechtsbruch bereits erweitert worden. Damit haben, abgesehen von einzelnen Bezirken, die ganze Rheinprovinz und außerdem der wirtschaftlich wichtigste Teil des Tales unter Aufsicht französischer und belgischer Kanonen und Maschinengewehre. Hundert französische Journalisten, für die in Essen besonders Zimmer auf Kosten des deutschen Volks beschlagnahmt wurden, sollen Gelegenheit nehmen, sich den Bahnhöfen zu übergeben. Da die Aktion bereits von der französischen Regierung begutachtet wird, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch diese Bezirke die Begriffe „militärisch“ und „wirtschaftlich“ ebenso schwer auseinanderzuhalten bestehen, wie ihr Herr und Meister in Paris.

Die Franzosen und Belgier begründen ihren neuen Vormarsch mit der passiven Weisung der Unternehmungen und Arbeiter, die von der Regierung in Berlin aufgegeben sein sollen. Richtig ist das nur eine Ausrede. Noch heute Poincaré entgegen der Erklärung seines Beamten Colle die Bezahlung der zu leistenden Rente rückgängig machen ließ und noch bevor die Weigerung der Rente über, auf Grund der Annahme des Reichskohlenkommissars weder bezahlte noch unbezahlte Kohlen zu liefern, ausgesprochen wurde, war der Vormarsch von Paris aus befohlen. Das geht klar und deutlich aus der Voriser Presse vom Sonntag hervor. Vorläufig werden die Rentebesitzer jedenfalls trotz fortgesetzten Druckens keine Kohlen liefern. Am Dienstag werden Arbeiter und Arbeitnehmer über die Verweigerung der Kohlenlieferungen eine gemeinsame Konferenz in Düsseldorf abhalten.

Blutvergießen in Bochum

Das französische Militär schießt mit Maschinengewehren
Bochum, 15. Januar. (M. T. D.) Heute abend fanden hier große politische Kundgebungen statt. Eine vieltausendköpfige Menge zog vor das Rathaus, wo der französische General vorläufig untergebracht ist, und riefte das Deutschlandlied und andere patriotische Lieder an mit Hochrufen auf die deutsche Republik. Dann veranlaßte die Menge einen Anmarsch durch die Straßen der Stadt. Eine Abteilung kommunistischer Jugend brachte in einer Gegenkundgebung Schreie auf die Dritte Internationale aus und auf die französische kommunistische Jugend. Die Schreie hatten keinen Einfluß auf die Menge. Gegen 8 Uhr kam es am Bahnhof zu einem Zusammenstoß mit französischem Militär. Das Militär schloß scharf, tötete einen Mann und verletzte mehrere.

Berlin, 16. Januar. Wie die Blätter über die Bluttat der Franzosen in Bochum melden, schossen die französischen Soldaten auch mit Gewehren und dann mit Maschinengewehren auf die wütende Menge. — Der Vorwärts schreibt zu dem Bericht: Es ist gleichgültig, ob es sich um rechts- oder linksgerichtete Demonstrationen handelt, ob die Kundgebungen ruhig und die bei ihr gefangenen Lieder gut gewählt waren. Es muß vielmehr festgesetzt werden: Das französische Militär hat kein Recht, sich im Ruhrgebiet aufzuhalten und dort Menschen zu erschließen. Das in Bochum vergossene Blut kommt auf die Haupt der französischen Machthaber. Sie haben die zum Vorn erklärt, es handle sich um eine vollkommene Friede Aktion. Die Friedlichkeit dieser Aktion ist durch die rohe Gewalt von Bochum vor aller Welt in das richtige Licht gestellt worden. Wir richten an die ganze zivilisierte Welt einschließlich jene Frankreichs, daß einst die Menschenrechte verkündete, die Frage, wie lange sie noch ruhig dem zusieht, was jetzt im Ruhrgebiet geschieht?

Der halbstündige Proteststreik

Essen, 15. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Die große Stadt der Arbeit, die das neubestehende Gebiet bildet, war am Montag vormittag 11 Uhr auf eine halbe Stunde verstillt. Das war der heutige Protest der Arbeit gegen die französisch-belgische Gewaltpolitik. Viele Tausende von Arbeitern legten Schlägel und Eisen weg, Dampfmaschinen verlagten den Dienst, das Haberlaufen, das als ewige Alltagsarbeit über den ganzen Bezirk liegt, legte aus. In Essen, Oberhausen, Witten, und wie alle die Zentren des Ruhrgebietes heißen, zählten die Molläden von den Verkaufsläden herab. Diese stumme Geste ist von wuchtiger Wirkung als laute Demonstrationen sein können.

Durch Vermittlung des Arbeiterrats der Firma Krupp hatten wie vorgelagert, den halbstündigen Generalstreik in diesem größten Werk des Reichs zu beobachten. Dort versammelten 55 000 Arbeiter jeden Tag eine Halle von Maschinen und Werkzeugen, von der

garlichsten Sonde des Chirurgen, bis zur Lokomotive und zum Eisenbagger. In allen Werken setzte Schlag 11 Uhr die Arbeit aus, die Maschinen standen still, der Räder verstummt. Unter Tag und über Tag fand die Verlegenheit mit verstillten Armen an ihren Arbeitsstätten. Kein Schlag geschah. In einer großen Betriebsabteilung sprach ein bekannter Genosse. Es herrschte eine entschlossene Stimmung.

Vor 11 Uhr erschien im Direktionszimmer der Vertreter des französischen Oberkommandanten und verlangte den Betriebsrat zu sprechen. Erst nach Beendigung des Streiks wurde die Aussprache zugestimmt. Aus den anderen Teilen des Industriegebietes wird gemeldet, daß der Parole der Gewerkschaften vollkommene Folge geleistet wurde. In allen größeren Städten wurden die Läden in der angegebenen Zeit geschlossen, die Sirenen pfeifen und die Glocken läuteten. In Bochum wurden auf den Straßen sämtliche Fuhrwerke und Automobile angehalten.

Duisburg, 15. Januar. (Fig. Draht.) Im Gebiete des Westfälischen Duisburg war die Arbeitsruhe beobachtet worden. Ebenso wurde das Anhalten der Fabriksirenen und Glockenläuten „für immer“ unterjagt. Trotzdem ertönten die Sirenen Punkt 11 Uhr, überall wurde abgeblasen. Duisburg lag still. Es war ein überwältigender Anblick, als die Kräne, Elevatoren und Skipper plötzlich mit hartem Knack ihre Arbeit einstellen und beladen oder unbeladen überall ihre Last in der Luft schweben ließen. Die Geschäfte waren zum großen Teil geschlossen. Auch der Straßenbahnbetrieb ruhte. Auf den Straßen war Sonntagsverkehr.

Verbot jeder Kohlenlieferung!

Essen, 15. Januar. (Fig. Draht.) Der Bergbauliche Verein hat heute folgendes Telegramm des Reichskohlenkommissars erhalten:

„Unter Bezugnahme auf die Besprechungen der französischen Ingenieurkommission mit den Rentebesitzern verbieth ich nach dem französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet hiermit ausdrücklich die Lieferung von Kohle und Holz nach Frankreich und Belgien auch für den Fall einer vorschussweisen Bezahlung.“

Wie gemeldet, hatten die Rentebesitzer die Lieferung von Kohle gegen Zahlung davon abhängig gemacht, daß nicht ein Verbot des Reichskohlenkommissars erfolge. Da dies Verbot nun erfolgt ist, werden weitere Verhandlungen zwecklos sein. Der Konflikt muß nun ausgetragen werden.

Essen, 15. Januar. Bei den Besprechungen zwischen den französischen Bevollmächtigten und den Vertretern der deutschen Verbände wurde von deutscher Seite den Franzosen vom Telegramm des Reichskohlenkommissars Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß daraufhin die Jeder der Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien eingestellt hätten. Alsdann wurden die anwesenden deutschen Vertreter befragt, ob sie für die von ihnen vertretenen Rente verantwortliche seien. Als diese Frage bejaht wurde, wurde einem jeden gegen Entlassung ein schriftlicher militärischer Befehl zugestelt, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien zu unterbinden. Im Namen der deutschen Vertreter erklärte Fritz Thälken, daß diesem Befehl keine Folge gegeben werden würde. Wir sind Deutsche, sagte Thälken, und stehen auf dem Standpunkte, daß wir nur den deutschen Gesetzen unterworfen sind. Der französische Vertreter erklärte daraufhin die Verhandlung für geschlossen.

Die Kohle soll requiriert werden!

Paris, 15. Januar. In der heutigen Ministerkonferenz wurde beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht ändern, die Kohlen- und Holzlieferungen zu beschließen. Die Reparationskohlen sind durch Requisitionen zu beschaffen. Die Anwesenheit wäre dann nicht mehr allein Sache des Ingenieurs Colle, es hätte General Degoutte eingegriffen.

Paris, 15. Januar. Einer Cabanmeldung zufolge wurde gestern abend beschlossen, den für heute laudenden Befehl, die von Deutschland auf Reparationskonto gehaltene Kohlenmenge im Stadtgebiet Essen zu requirieren, vorläufig um 24 Stunden aufzuschieben.

Keine Ueberschichten mehr

Essen, 15. Januar. (Fig. Draht.) Wie unser Sonderkorrespondent erzählt, verweigern die Bergarbeiter wegen der Besetzung des Ruhrgebietes von heute an die Ueberschichten zu verfahren. Diese Weigerung erstreckt sich nur auf das neu besetzte Gebiet. Die Bergarbeiter haben eigenhändige Anschläge an ihre Kollegen in den Gruben gesetzt, in denen aufgefördert wird, keine Ueberschichten mehr zu verfahren.

Amerika legt einen Reparationsplan vor

New York, 15. Januar. Der amerikanische Botschafter in London hat der Reparationskommission einen Anfang November vorigen Jahres von dem Staatssekretär Hughes genehmigten Plan zur Regelung des Reparationsproblems vorgelegt.

Rundgedungen in Holland

Amsterdam, 15. Januar. Auf dem in Utrecht abgehaltenen Kongress der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei teilte der Vorsitzende mit, daß die sozialistische Kammerfraktion im Hinblick auf die Ereignisse im Ruhrgebiet beschlossen habe, die Regierung zu interpellieren, ob sie den Widerstand erlassen wolle, vermittelnd einzugreifen. — Das Bureau der römisch-katholischen Gewerkschaftsorganisation hat eine Entschließung angenommen, in der gegen die Besetzung des Ruhrgebietes entschieden Einpruch erhoben wird.

Der Kampf um den Rhein

Unser österreichisches Zentralorgan, die Wiener Arbeiterzeitung, macht folgende zusammenfassende wertvolle Ausführungen:

Zwischen Weiser und Maas birgt die Erde die mächtigsten Kohlenflöze und die reichsten Eisenerzlager des europäischen Festlandes. Drei Staaten — Deutschland, Belgien und Frankreich — haben diese mächtigsten Kohlenlager und Eisenerzflöze des Festlandes untereinander geteilt. Die Tatsache, daß Kohle und Eisen, die beiden Bodenschätze, auf denen die moderne Großindustrie beruht, in diesem Gebiet in so mächtigen Lagern und so hart aneinander liegen, hat diesen Raum zum gewaltigsten Industriegebiet des europäischen Festlandes gemacht.

Seit uralten Zeiten kämpften Deutsche und Franzosen um diesen Boden. Von den Kämpfen der Franken mit Alemannen und Sachsen, von den Kämpfen des Herzogs des sächsischen Lotharingen an hat immer wieder dieser Boden Ströme den Blut getrunken, die im Streit um diese Länder vergossen worden sind. Zeitweilig dehnte die deutsche Königsmacht ihre Macht in französisches Gebiet hinein bis Toul und Verdun. Zeitweilig dehnte sich französische Herrschaft tief in deutsches Gebiet bis zum Rhein und über den Rhein herüber. Aber dem uralten Kampf um Raum und Herrschaft sind Grenzen hat der moderne Kapitalismus neuen Sinn gegeben. Im Zeitalter der Fabrik ist der Kampf um die Grenzen in die im Raume zum Kampf um die Herrschaft über die Kohle und über das Erz geworden.

Auf die reichen Kohlenlager an der Ruhr und an der Saar, auf die Eisenerzlager Lothringens und Luxemburgs gestützt, hat sich seit 1870 in diesem Raum die große deutsche Schwerindustrie entwickelt. Die Erfindung des Thomasverfahrens, die die phosphorreichen Minetteerze erst verwertbar machte, gab ihrer Entwicklung unerhörte Wucht. In wenigen Jahren wuchsen hier Krievetriebe empor. Ein neuer Fabrikboom hat sich in diesem Raum entwickelt. Unter dem Kommando der Schwerindustrie vereinigen Arbeitermassen in eiserner Front. Die deutsche Arbeitskraft genügt dem schnellen Wachstum der Mammusbetriebe nicht mehr; Polen, Italiener, Belgier strömen in den schnell wachsenden Industriezentren zusammen. Die Herren dieser gewaltigen Industrie, in mächtigen Verbänden, vor allem dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenverband und dem Deutschen Stahlwerksverband, vereinigt, wurden zu den mächtigsten Kapitalisten des europäischen Festlandes. Mit den Jüngern verbunden, beherrschten sie das Reich. Ihre schnelle Aufstieg, ihre gewaltige Macht hatten ihr Selbstbewußtsein, ihren Herrschaftsgeist, ihren Eroberungsdrang mächtig gesteigert; sie wurden zu Trägern des deutschen Imperialismus. Deutschlands Heeres- und Flottenrüstungen gaben ihren Betriebsstätten Absatz; Deutschlands Weltpolitik suchte sich zum Ziel, ihnen Eisenerze in Marokko, Eisenbahndampfen in der Türkei, Kohlenlager in Schweden zu erobern. Es war ihr Geist, der Deutschland der Welt verfeindete; war ihre Politik, die Deutschland in den Krieg führte. Der Krieg selbst aber hob ihre Macht zur höchsten Stufe. Ihre Werke schufen Deutschlands Rüstung. Sie lieferten dem deutschen Heere die Kriegeschiffe, den deutschen Offizieren den furchtbaren Eisenhagel, der im Kometenfeuer im Osten und Westen immer wieder die Front des Gegners überküllte, der deutschen Flotte die U-Boote. Und sie, die Werkmeister des Krieges, gaben dem Krieg auch sein Ziel. Wie sehr sie es ihm gaben, haben wir während des Krieges gesehen; aber erst die Entfaltungen der Nachkriegszeit haben es ganz offenbart. Heute wissen wir, daß die Mittelmächte, als sie im Dezember 1918 ihr erstes Friedensangebot machten, die Annexion der Eisenerzlager französisch-Lothringens unter ihre Bedingungen aufgenommen haben; seinen Frieden, wenn nicht die Eisenerze von Longwy und Briey unter die Herrschaft der deutschen Schwerindustrie fallen! Heute wissen wir, daß nach 1917 Michaelis, ja selbst nach 1918, wenige Monate vor Deutschland's Zusammenbruch, die um Ludendorff zum mindesten die Besetzung der Kohlenlager von Lüttich und der Eisenerzstätten französisch-Lothringens an die deutsche Schwerindustrie zu den Bedingungen schloßen, ohne deren Erfüllung Deutschland nicht Frieden schließen dürfte. Das war der Sinn des Krieges: den ganzen weiten Raum, in dem Kohle und Erz im Boden liegen, ohne Rücksicht darauf, wo Deutsche, Franzosen, Flamen wohnen, in den deutschen Machtbereich einbezogen, unter deutsche Herrschaft zu bringen.

Der Krieg endete mit Deutschlands Niederlage. Und mit einem Schlage verlor die kämpfende Wächte die Rollen. Nun übernahmen die Herren der großen Eisenindustrie Frankreichs, die Herren vom Comptoir de Longwy, die Rolle, die bisher die deutsche Schwerindustrie spielte. Sie waren bisher an Macht und Reichtum hinter ihren deutschen Konkurrenten weit zurückgeblieben. Jetzt hatten sie Gelegenheit, dem mächtigeren Nebenbuhler das Anie auf die Brust zu setzen. Sie haben sie ausgenützt. Der Staatsfriede von Versailles diente dem Zweck, Kohle und Erz dem deutschen Kapital zu entreißen, es dem französischen zu erobern. In Frankreichs Eigentum fielen die Kohlenlager der Saar und die Eisenerze von Lothringen. Frankreichs Machtbereich wurde Luxemburg einverleibt. Aber noch nicht der wertvollste Teil der großen Schatzkammer der Industrie, noch nicht die Mehrheit in Deutschlands Händen. Seither drängte die französische Schwerindustrie nach der Besetzung der Ruhr, wie einst die deutsche Schwerindustrie nach der Annexion von Longwy, Briey, Lüttich gedrängt hat. Jetzt glaubt sie sich dem Ziele nahe; französische Truppen stehen in Essen und Gelsenkirchen. Die Politik Frankreichs steht heute im Dienste seiner Schwerindustrie, wie die Politik Deutschlands bis 1918 im Dienste seiner stand. Frankreich will heute das ganze große Kohlen- und Erzgebiet unter seiner Herrschaft vereinigen, wie Deutschland es im Kriege unter der seinen vereinigen wollte. Im der Kohle, um des Erzes willen tritt heute französischer Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen, wie es in der Zeit des Krieges der deutsche mit Füßen getreten hat.

Die deutsche Schwerindustrie gehört zu den Schuldigen des Krieges. Ihre Geist hat Deutschland in den Krieg

Rechtsschutzverträge - Die Verbindlichkeit der Tarifverträge

Der Reichstag erledigte am Montag in seiner 287. Sitzung im Sitzungssaal einige Gesetzesentwürfe ohne jede Aussprache. Die Rechtsschutzverträge mit Oesterreich und der Tschechoslowakei und ein vorläufiges Nebeneinkommen mit Island über Fragen des Handelsverkehrs wurden in allen drei Lesungen genehmigt. Debatte wurde der 9. und 10. Nachtragetat, die die neuen Besoldungserhöhungen enthalten, vorbehalten. Der Gesetzentwurf, der die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen vereinfacht und beschleunigt, wird in erster und zweiter Lesung angenommen, desgleichen die Novelle zum Wirtenschaftsgesetz, welche über die Pflichten bei den Verunfallten des öffentlichen Verkehrs über den Inhalt des Sozialversicherungsrechts übertrifft. - Am 27. Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

Paul Lensch, der Cherusker

Herr Paul Lensch hat auch zu der Zeit, als er noch die Sozialdemokratie mit seiner Mitgliedschaft beglückte, sich manchen tollen Tatz geleistet. Was er jetzt aber tagtäglich in dem Tagesblatt Deutsche Allgemeine Zeitung aufschlägt, läßt die schlauesten Befürchtungen für seinen Zustand zu. Man muß wissen, was alles dem deutschen Vagabunden geboten werden darf. Lensch köhlt seinen Koffen in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt:

„Angewandte rüden die Franzosen liegend weiter vor! Bald sind sie in Dortmund; auch Hamm ist eine schöne Gegend. In der Ferne liegt Anstettin, und schließlich Hannover, der Wohlstandshaus. Welche Lust, ihn zu fangen und in einem Käfig lebend den jagenden und weichen Franzosen vorzuführen. Nur wenig nördlich von Hannover liegt Hamburg, allwo man das verurteilte Kollisionsobjekt fangen könnte, wenn es sich nicht vorher auf einen Taupfer ein Zustußt verbräutet. O Adler, wie! O Hühner. ... Je länger der Weg, desto länger der Rückweg! Mit Eisen fing es an, wo wird das Ende sein? Rode nicht schon Hermann so die Räder immer tiefer ins Land, bis man im Teutoburger Walde nie mehr zurückkommt!“

Also trompetet Paul Lensch, der moderne Cherusker. Nur Berlin vergißt er in seiner Einbildung an das römisch-burgische Besatzungsheer, fernermalen er selbst ja in Berlin leben muß. Weit vom Schuß lassen sich behaglich Kriegervereinspräsidenten drehen. In seinem Fieber verlangt Lensch die sofortige Abberufung des einzigen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten im Rheinland, des Genossen Bräuner, weil dieser keinen Feindstumpf mit französischen Generalen aufgeführt hat. Vermutlich glaubt der gute Lensch, die Arbeiter des Ruhrgebietes würden freudiger für Reich und Republik eintreten, wenn demnach ein deutschnationaler oder deutschsozialistischer Freund des Industriekapitals in Düsseldorf residiert. Von den rheinischen Kapitalisten aber ist Lensch in Substanz, daß sie ihren Besitz ebenso in die Tasche schlagen wie ihre Verjüngung. Wenn dieser Edelmut wirklich so weit ginge, hätten die rheinischen Montanherrn wirklich nicht auf das Glorianten der Franzosen zu warten brauchen. Auch das Deutsche Reich hätte gern ihren Besitz entgegengenommen, wenn sie sich seiner durchwegs hätten entäußern wollen.

Gegen die Sprengung von Versammlungen

Am Reichstagsklub des Reichstages wurde am Montag gegen die Stimmen unserer Genossen und der Kommunisten in zweiter Lesung der Gesetzentwurf, der auf Grund eines Initiativentwurfes der bürgerlichen Parteien eingebracht wurde und Maßnahmen gegen die Verhinderung oder Sprengung von Versammlungen vorsieht, angenommen. Abänderung fand weiter ein Antrag unserer Genossen, der Beamte mit Gehalts oder Zuschlags bestrafen will, die die ihnen nach dem Gesetz zum Schutze der Republik übertragenen Pflichten fahrlässig oder absichtlich außer Acht lassen oder die ihnen übertragenen Rechte in dieser Weise missbrauchen.

Ein Doppelleben

In Berlin hat unter lebhafter Teilnahme des Publikums ein Pöbel stattgefunden, der mit der Verurteilung einer der interessantesten Verbrechen unserer Zeit endete. Bernotat - dies der Name - hat ein seltsames Doppelleben geführt. Am Tage ist er der reiche vornehme Mann gewesen, nachts ist er mit anderen eingedrungen; er selber gibt einige hundert Röll zu. Doktorat von Recht, Willensgenosse an der Döfse mit Spielklub, Biergeliebter, erfolgreicher Pferdewechsel, glücklicher Chemiker und Vater, ein Mann mit gesellschaftlichem Schicksal, dem ein langamer, jedoch steter Aufstieg in der Handels-, Schieber- und Kavalierswelt des Reichstums gesichert schien, - was trieb ihn in fremde Wohnungen, zu fremden Hofbesitzern? War es Geld, schnell reich zu werden, oder war es Sport - unüberwindlicher Reiz nach ungesundem Verdienste? Wohl beides. Wie einfach schien es doch, mit Dietrich und Schraubenzieher ausgerüstet, in fremde Zimmer

Volkschule. Donnerstag den 18. Januar beginnen: 9. Uebelheit R. Bühne: Kunst und Kultur in Dresden einst und jetzt (als Vorbereitung zu Stadt- und Kirchensführungen im Sommer 1923), Donnerstag 7 bis 9 Uhr im Christlichen Schulhaus, Nachmittag 2/4; Dr. Kurt Schumann: Das Erzgebirge, Donnerstag 7 bis 9 Uhr aller 14 Tage in der Oberrealschule, Nachmittag 1/2, und eine Sonntagsmatinee, Freitag den 19. Januar beginnen: Georg Hoffmann: Der Mensch in seiner Abhängigkeit von den geschäftlich wirkenden Naturkräften und Stoffen, 7 bis 9 Uhr im Kombinationszimmer des Völkischen Gymnasiums, Dippoldisdorfer Straße 6, Erzgebirge; Professor Paul Hermann: Die Kunst des Zeichnens und die graphischen Drucktechniken (mit Lebrungen), 7 bis 9 Uhr im Zeichenkabinett der Realschule, Georgplatz 6; Studentent Alfred Wein: Griechische Plastik in der deutschen Sprache (ein Kapitel zur Fremdwortklärung, 2. Teil), 7 bis 8 Uhr in der Dreifachschule, Amintstraße 17; Derselbe: Das antike Theater und die Zusammenhänge des modernen Theaters mit dem antiken, 2. Teil, 8 bis 9 Uhr am gleichen Orte. Teilnehmerkarten zu allen Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. oder - nur solange noch vorhanden - bei den Kursleitern.

Der Kurkurs von Herrn Dr. Hans Sanoor über: Die deutsche Musik im Zusammenhang mit den geistigen Strömungen des 19. Jahrhunderts (Mittwoch, in der Oberrealschule, Seeborsplatz), fällt wegen zu geringer Teilnehmerzahl aus.

Der Kurkurs Warentunde am Donnerstag muß ausfallen, weil am 18. Januar wegen der Reichsgeburtstagsfeier sämtliche Gebäude der Technischen Hochschule geschlossen bleiben.

Naturkundliche Wanderungen mit Dr. H. A. Söhler, Abteilungs II für neue Teilnehmer, Sonntag den 21. Januar: Im winterrliche Land. Treffen 8 Uhr am Wilden Mann (Endstation der Linie 6).

Montag den 22. Januar beginnt Dr. Alfred Teucher: Die Bedeutung der Sinterlande für die Geisteskultur in Vergangenheit und Gegenwart, 6 1/2 Uhr, im König-Georg-Gymnasium, Neudorferplatz 6. Teilnehmerkarten hierzu in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. oder - solange vorhanden - beim Kursleiter. - Der Beginn der Vortragsreihe von Studentent Paul Wels (Volkswirtschaftslehre, II. Teil) muß wegen schwerer Erkrankung des Vortragenden auf die Zeit nach Ostern verschoben werden. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Der alte böse Feind

Wie zu erwarten war, rufen unsere Nationalisten das Unglück des deutschen Volkes krummlos aus. In der üblichen Weise heben sie unverantwortlich darauf los, wobei es ihnen nicht darauf ankommt, die Wahrheit recht gründlich zu stellen. Die Deutsche Zeitung bringt unter der Ueberschrift: Der alt böse Feind einen Artikel des Herrn Heinrich Clah, des Vorsitzenden des vertriebenen Aldeutschen Verbandes, dessen Redereien in der Vorkriegszeit soviel dazu beigetragen haben, den Boden zu bereiten, aus dem der furchtbare Weltkrieg emporwachsen konnte. Herr Heinrich Clah besitzt den traurigen Mut, die alte Lüge zu wiederholen, daß Deutschland die Waffen nur aus der Hand gelegt habe, weil seine Führer das Opfer eines tödlichen Wahns gewesen seien. Der Mann schreibt:

Als die Führer der öffentlichen Meinung dem Wahne der völkerverhöhnenden Demokratie und des internationalen Rechtsstandes verfallen waren, glaubten sie der Wehre entgegen zu können und ließen ihr Vaterland die Waffen aus der Hand legen, zumal sie der Welt einen überzeugenden Beweis christlichen deutschen Friedenswillens liefern wollten.

Seitdem sind wir der Willkür unserer Feinde ausgeliefert, der großen wie der kleinen, und der Heberfall des elenden Staatsstaates auf das Kommando der Welt, was man den Deutschen heutzutage bieten kann.

Weiß der Herr Clah wirklich nichts davon, daß die Reagierung des Prinzen Max von Baden im Herbst 1918 ihr Friedensgeschäft an Wilson nicht etwa deswegen verlor, weil sie dem Wahne der völkerverhöhnenden Demokratie und des internationalen Rechtsstandes verfallen war, sondern weil ein gewisser Herr Erich Ludendorff erklärte, daß er nicht mehr weiter könne, und förmlich verlangte, daß ein deutsches Friedensangebot herabginge. Gewissenlos als Herr Clah kann man nicht auf das alte böse Gedächtnis des deutschen Volkes spekulieren.

In einer andern Stelle seines Artikels hat dann Herr Clah:

Jede neue Nachricht aus dem Westen erinnert uns noch neuen an den Feind und seine Niedertracht. Nur Deutsche ohne sittliches Gefühl und ohne Volkswutheben haben die überlegen

eingedrungen, um sich das Eigentum anderer zu eigen zu machen. Es waren fast visuelle Zwangsverstellungen, die ihn immer wieder antrieben. Er fand keine Ruhe, bis er nicht wieder ging, er konnte nie genug haben, obgleich er mit den Wägern nichts mehr auszufrachten wußte. Das Motiv ward zum Selbstzweck und hatte damit seinen Sinn verloren. Ist das nicht die Psychologie des „Rasens“ des Jahrhunderts? Eins aber hatte er dem Feindem sogar sogar voraus: er besaß Formgefühl. Von den erstarrten Gegenständen stellte er in seiner Wohnung nur das unter, was in den Bild - zu den feinsten Vorzügen, Franzosen, Tschechen, Belgier, Polen, - paßt, alles andere jenseitig er als „Brot“ an. Und seine durch Nichtstun, unter Leichte des Nachhändlers Schme, erbeutete Bibliothek zeigte von einer nicht geringen Brillanz.

Reben ihm, als Gegenstück, sein Freund Kaminski. Erlich durch seinen alkoholischen Vater schwer belastet, psychopathisch im höchsten Grade, mißglückt in seinem Erbleben, ein Schicksalwandler im Wachen und im Traum, zu Zeiten weich wie Wachs, ist er in seinem krankhaften Ansehungsbedürfnis am stillerwerden, bestimmten und suggestiven Verstand hängen geblieben und fand in ihm sein Verhängnis. Unselbständig und unfähig, trotz intensiven Verlangens und schmerzlicher Versuche, von ihm loszukommen, durch den tragischen Tod seines Bruders, den er selbst verurteilt zu haben glaubte, an Verstand als gefährdeten Zeugen dieses Todes endgültig gefesselt, hübnisch demselben ergeben, bringt er ihm die größten materiellen Opfer, folgt ihm zwei Jahre hindurch auf den ersten Wind, trotz allen Bewußtseins, durch die und dann.

In der Einsamkeit seiner Zelle, hat Bernotat sich seine Verleumdung zurechtgebaut. Ein „Freund“, ein Oberleutnant „Großmann“, in dessen sexueller Sphäre er trotz Weib und Kind gelanden haben will, soll an allem Schuld gewesen sein. Endlich bequemt er sich zum Geständnis und kündigt dadurch das Verbrechen erheblich ab.

Vor Eintritt in die Pläbcher gab noch Kriminalkommissar Genrat ein anschauliches Bild des gemeingefährlichen Treibens der beiden Angeklagten, auf deren Konto zahllose Diebstähle in Privatwohnungen und in Kurshotels zu schreiben sind. In seinem Pläbcher bezeichnete Staatsanwalt Oltrogge Bernotat als eine gemeingefährliche Spezies der Verbrechenswelt. Er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahre Schwerarbeit und Stellung unter polizeiliche Aufsicht. Rechtsanwalt Dr. Frey betrat den Standpunkt, daß bei Bernotat eine fortgesetzte Handlung vorliege. Zum Schluß weineten die Angeklagten Bernotat und Kaminski.

Nach kurzer Beratung kam das Gericht zur Verurteilung des Angeklagten Bernotat wegen gemeinschaftlichen schweren Bandendiebstahls zu einer Strafe von zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Schwerarbeit. Dem Angeklagten Kaminski wurden mildernde Umstände angeklagt, er erhielt drei Jahre Gefängnis. Ein weiterer Angeklagter Böhm wurde wegen einfachen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er wurde aus der Haft entlassen.

Aus aller Welt

Funkelelephonie zwischen Europa und Amerika
London, 15. Januar. Dem Reuterbüro zufolge wurde heute vormittag ein erfolgreicher Versuch mit drahtloser Telephonie zwischen New York und London gemacht.

Das künstliche Bein als Transportmittel
Berlin, 15. Januar. Die Kriminalpolizei Spandau hat einen Arbeiter der Siemenswerke, der seit dem vergangenen September seine Firma täglich um 5 Kilogramm Shellack bestohlen hatte, die er in seinem künstlichen Bein versteckt hatte, verhaftet. Der Gesamtschaden der Firma beläuft sich auf 20 Millionen Mark. In der Wohnung des Arbeiters wurde in der seines Komplexen konnten nur noch 50 Kilogramm beschlagnahmt werden. Außerdem konnten rund 175 000 M. herbeigeschafft werden.

Bergwerkstastrophe in Indien
Delhi, 18. Januar. Bei einer Bergwerksexplosion im Bezirk von Raubham wurden 75 Personen getötet.

Christliches. Wer sich noch wundert, weshalb das von Wilhelm II. zuerst auf die Deutschen angewandte Wort „Dummen“ so rasch Verbreitung gefunden hat, dem empfehlen wir die Zeitschrift gewisser Fachblätter für die deutsche Jägerwelt. Da schreibt A. H. in Nr. 44 von Wild und Hund ein Herr M. H. u. Braunwald, ein Artikel: „Wildes aus Wäut“, preußen, aus dem wir nur zwei seiner „Beobachtungen“ anführen wollen:

Ein Weiblein idiosyncrasie gerade in einem Tragtage eine große Last Anlippe nach Hause. Von der Last an aufwärts war alles durch die Anlippe gedeckt und verdeckt, aber der Spiegel trat um so bewußter hervor, und auf diesen

Sünden der sogenannten Sieger wagt mit Verachtung und Haß derfolgt; was jetzt geschieht, muß diese Empfindungen auf äußerste steigern. Solcher Haß ist furchtbar und muß zur fortwährenden politischen Kraft entwickelt werden.

Nimmt den „Raschismus der Deutschen“ Heinrich von Kleists zur Hand und lehrt nach dem Beispiel dieses Preußen die Deutschen unserer Tage, wie sie zum Erbfeind zu stehen haben.

Erinnert sie daran, wie die Franzosenherrschaft unter dem großen Napoleon vor hundert Jahren von den Feigen und Schwächlingen für etwas Dauerndes angesehen wurde - daß aber die Mutigen und Starken darauf verzichteten, der Lebermutter werde ein Ende mit Schreden nehmen, und daß sie sich für den Augenblick vorbereiteten, wo die Weltumwälzung ihr Urteil sprechen werde.

Napoleons Herrschaft zerbrach, weil sie zerbrechen mußte - die des Herrn Poincaré ist auf noch schmerzlicherem Grunde errichtet. Bereitet alles für den Tag vor, da sie in sich zusammenbricht, und forset, daß dann der deutsche Haß sich die Vergeltung hole, die für gebührende Schandtat im Sinne der sittlichen Weltordnung gezahlt werden muß!

Der Schaden, der dem deutschen Volke durch derartige Schreibernen entstehen kann, ist unübersehbar. Wir sind überzeugt, daß die nationallistischen Geier in Frankreich an Herrn Clah ihre Freude haben werden. Das gerade ist's, was sie brauchen, um dem französischen Volke zu beweisen, daß Deutschland die große Rebanne vorbereitet, daß es deshalb für Frankreich unbedingt notwendig sei, Deutschland so niedrigerzuerwerfen, daß es niemals wieder aufstehen kann. Wenn jemand sich das Ziel gesetzt hätte, die Stellung des Herrn Poincaré zu befestigen, so könnte er das nicht besser tun, als Herr Heinrich Clah das hier macht. Wohllich der Mann verdient einen französischen Orden.

Es ist ja eine alte Geschichte, die Nationalisten der verschiedenen Länder haben sich stets in die Hände gearbeitet, sich gegenseitig das Material für ihre Heereien geliefert. Schlimm genug, daß sie auch jetzt ihr Handwerk fortsetzen können, trotzdem die Welt ihr mächtigstes Treiben mit sozialer Blut und Glend bezahlen mußte. Der Nationalismus, wie ihn der Herr Clah vertritt, ist wirklich der alt böse Feind der Völker.

bravestellen schließlich aus dem Hinterhalte auf 40 Schritt Entfernung Schrote Nr. 3/4. Der Erfolg war wunderbar, es herrschte fortan auch bei dem schönsten Wetter Ruhe in diesem Quartier.

Neber den zweiten Marfall, der anscheinend noch tragischer verlaufen ist, schreibt Herr Klau:

Noch mehr ärgerte mich ein Herr Kl., den ich lange Zeit nicht gesehen hatte. Der brach aus einer Stubenhaken Rieferschönung, der einzigen Schöpfung, in der auf meinem Befehl am Tage meistens Notwendigkeit ist, die Wipfel aus zum Zwecke des bequemen Japenstimmens. Ich schäufte nach einem Neuzustand des Gesicht entlang, da kommt ein Hund stöhnend aus der Schöpfung heraus, ich fasse zum Drilling. Ein Gesichtshörer will sich auf einer etwas höheren Treter einhängen, ertrag: prallt er zurück und sieht dadurch eine Weillänge still, denn aus dem Rieferspiegel redt sich eine menschliche Hand heraus. Da durchdringt mich ein teuflischer Gedanke - ich kann doch wohl auf den Gesichtshörer schießen. - Zum Heberlegen kam ich erst nach längerer Zeit. Was war es wohl? Ich kann doch wohl nicht schaden! Aber wannmal hat der Teufel seine Hand im Spiel, man kann daher nie wissen. Der Sauerwagen ist ja verjährt, aber die Weitenstappe - jedoch die waren Gatt sei Dank, auch nicht da und werden auch wohl nie wieder in die Schöpfung gekommen sein.

Sollten diese prophädischen Selbstbeobachtungen nicht die ausländische Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen Herrn Klau veranlassen? Es gibt doch hoffentlich noch Richter in Strahlen!

Der Dollar 16500

rs. Berlin, 16. Januar. (Sig. Draht.) Der Dollar hat heute vormittag einen Kurshand von 17 000 erreicht. Man hörte heute nur von Wertsurfe, da so gut wie gar kein Angebot gegenüberhand. Schon morgens setzte die Dollarkörhebung ein. Der Dollar setzte sich mit 14 500 ein, stand dann auf 15 000, um schließlich kurz vor Börsenbeginn mit einem Kurs von 16 000 genannt zu werden. Nach einem vorübergehenden Stand von 17 000 schwächten sich bei Schluß der Börse die Spitzenkurse bis auf 16 500 wieder ab. Die übrigen Devisen schlossen sich der Dollarkörhebung an. In den Konten und in den Kreisen des berufstätigen Devisenhandels sieht man bestürzt auf die Kursstörung. Auch in allen kaufmännischen Kreisen löbte die Markenerhöhung große Heberhaltungen aus. Beendet doch dieses furchtbare Din und Her das Ende jeder normalen Preisstabilisation.

In der Londoner City herrscht große Erregung über den unermesslichen und furchterlichen Sturz der deutschen Mark. Nach den augenblicklichen Verhältnissen sei es unmöglich, vorauszufragen, wie weit die deutsche Devisen noch stürzen wird. Gang im Gegensatz zu den sonstigen Börsenrubelagen herrscht an dem Effektenmarkt heute ein ziemlich lebhafter Verkehr von Bureau zu Bureau. Auch das Publikum hat angefangen der Devisenentwicklung von gestern und heute große Aufmerksamkeit zu widmen, während Arbeiten in ungewöhnlichem Umfang vorgenommen werden. Die Markt aus der Mark ist wieder allgemein und dementsprechend erstreckt sich die Kaufkraft beinahe durchweg auf alle Wirtschaftsbereiche. Die heutigen Kurse lagen ganz beträchtlich unter den gestrigen Schlusskursen. Es ist bemerkenswert, daß vor allem die Provinz als großer Käufer auftritt.

Bochum - nicht das Ende!

London, 16. Januar. Westminster Gazette zufolge wartet die Regierung die Ereignisse und ihre Entwicklung im Ruhrgebiet weiterhin mit einiger Besorgnis bezüglich der Lage und in feinerlei Absicht, zu intervenieren, ab. Man sei nicht der Ansicht, daß die französische Besetzung Bochums das Ende der Affäre bedeute. Nichts könne die Franzosen davon abhalten, nach Berlin zu marschieren.

Rundgebungen in Elsch-Lothringen

Frankfurt a. M., 16. Januar. Der Frankfurter Zeitung zufolge veranstaltete die Sozialdemokratische Partei in Erbach eine machtvolle Rundgebung gegen die Gewaltpolitik Poincarés. Mehrere Hunderte fanden in Mühlhausen in Elsch sowie in Rombach in Lothringen statt.

Die neuen Beamtenbezüge

Berlin, 16. Januar. Der Reichshausaufschuß des Reichstages verhandelte über die Erhöhung der Beamtenbezüge in Form der Feststellung eines neuen Nachtrages zum Reichshausplan für 1922. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Leseuerung wurde eine Erhöhung des prozentualen Leseuerungszuschlags um 60 auf 201 Prozent vom 1. Januar an und um weitere 60 auf 260 Prozent vom 17. Januar an bewilligt. Der Frauenaufschlag wurde auf monatlich 5000 M. erhöht. Von der Regierung wurde erklärt, daß die erforderlichen Geldmittel zunächst durch eine weitere Verfestigung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauskasse im Wege der Tegebung von Reichshausaufschüssen beschafft werden müßten.

Der Ausbau der sächsischen Staatswerke

Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, will der sächsische Staat zum Ausbau der staatlichen Kohlengruben und der staatlichen Elektrizitätswerke eine Anleihe auslegen. Die Forderung über diese Anleihe stand am Freitag im Landtag zur Beratung. Infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung sind aber aus den ursprünglich geforderten 3 Milliarden 15 Milliarden geworden. Wenn die sächsischen Kohlenwerke in der geplanten Weise ausgebaut sind, wird der Freistaat Sachsen einer der größten Kohlenproduzenten Deutschlands. Wir haben es hier mit einem Sozialisierungswerk zu tun, das in Deutschland kaum seinesgleichen finden dürfte. Wegen der überaus großen Wichtigkeit der hier geplanten Maßnahmen bringen wir aus der Rede des Finanzministers Genossen Heßelt einige interessante Angaben über die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke. Geld führt unter anderem aus:

Der sächsische Staat ist durch umfassenden Ankauf von Kohlenfeldern in den Jahren 1911/12 und durch die Einführung des Kohlenregulierungsgesetzes im Jahre 1918 in den Besitz sämtlicher noch unerschlossener Braunkohlenfelder des Landes gelangt. Er verfügt infolgedessen im Osten des Landes über 4 Milliarden Tonnen vorwiegend im Tagebau zu gewinnender Braunkohle und im Westen über etwa 3 Milliarden Tonnen Braunkohle, von denen ebenfalls ein erheblicher Teil im Tagebau zu gewinnen ist. Gelagerten staatlichen Kohlenfelder hat der sächsische Staat Ende 1916 insgesamt 100 Millionen Tonnen Kohlenfelder hat der sächsische Staat Ende 1916 im Innern der sächsischen Kohlenfelder gelagertes kleines privates Kohlenwerk erworben. In dem hier entlassenen staatlichen Braunkohlenwerk in Gröschelitz bei Zittau ist im Jahre 1921 bereits eine Förderung von rund 1 Million Tonnen erzielt worden. In diesem Jahre wird die Förderung voraussichtlich 2 Millionen Tonnen erreichen und dann noch weiter steigen.

Das größte der beständigen zusammenhängenden Tagebaugelände befindet sich südlich von Leipzig in der Gegend von Böhlen. Mit der Kohlenförderung kann daher bereits in diesem Jahre begonnen werden. Die Anlage ist so eingerichtet, daß sie eine Jahresförderung von mindestens 5 Millionen Tonnen bewerkstelligen kann. Vorgesetzt ist eine besondere Grubenanlage und eine Bräunungsanlage von 200000 Tonnen Leistung mit einer Jahresleistung von 600000 Tonnen Bräunung. Später soll die Bräunungsanlage verdoppelt werden. Da die gesamte sächsische Bräunungsanlage im Jahre 1920 1736308 Tonnen braun, wird durch den ersten Ausbau der Böhleener Bräunungsanlage die sächsische Bräunungsanlage um rund 30 Prozent vermehrt werden.

Es sind für den Ausbau der Braunkohlenwerke, Gröschelitz und Böhlen nach dem Bestände von Anfang Dezember 1922 erforderlich in Millionen Mark

bis 31. 3. 1923	2 800
von da bis 31. 3. 1924	5 650
von da bis 31. 3. 1925	6 750
in Summe:	15 000.

Durch Anweisung dieser Summe würde es möglich sein, die Braunkohlenförderung Sachsen um jährlich mindestens 6 1/2 Millionen Tonnen zu steigern, eine Mehrleistung, die unbedingt erforderlich ist, um der ständig wachsenden Nachfrage nach Braunkohle und elektrischem Strom zu können.

Dies ist es nun von besonderer Bedeutung, daß diese in wenigen Abzügen zusammengefaßt und aus ihnen gemonnene Mehrleistung zugleich eine erhebliche Steigerung des Güterabgabens unserer Volkswirtschaft dadurch erlaubt, daß man die Kohle in Großkraftwerken in elektrische Energie umsetzt und in großem Maße für die Elektrizitätserzeugung des Landes nutzbar macht.

Der vom Landtag gebilligte Plan der Regierung ging von dem Gesichtspunkt aus, daß die beiden großen Braunkohlenzentren des Landes, der Leipzig-Bornaer Reviere, Großkraftwerke zu errichten, von diesen aus das Land mit einem Netz von Hoch- und Mittelspannungsleitungen zu überziehen und die bestehenden privaten Überlandzentralen möglichst bald in den staatlichen Stromversorgungsplan einzugliedern. Man wird aus der Rede ersuchen können, daß wir jetzt elektrischen Strom von Dörfelitz bis nach Wurzbach i. S. liefern. Eine gleichartige Leistung befindet sich im Gange mit dem in der preussischen Niederlausitz bestehenden Großkraftwerk Raula. Im Gange befindet sich die staatliche Elektrizitätserzeugung in der vom Staat 1918 erworbenen Elektrizitätsgesellschaft ein wichtiger Stillpunkt. In sämtlichen privaten Überlandzentralen des Landes hat sich der Staat durch Aktienwerbungen teils überwiegend, teils zur Hälfte, teils mit einem kleinen Einfluß fast ausschließlich beteiligt. So daß die Einheitlichkeit der Versorgung dieser Werke mit dem Staatsumernahmen voll gewährleistet ist, und es zwischen weiteren erfolgversprechenden Verhandlungen über die Beteiligung des Staates an den Elektrizitätswerken industriereicher sächsischer Städte und an städtischen Elektrizitätsunternehmungen, deren Versorgungsgebiete vielfach an Sachsen grenzen. Weiter wurde ein Stromlieferungsvertrag mit dem Provinzialverband Schlesien abgeschlossen.

Wenn bis Ende 1924 der erste Ausbau des Westkraftwerkes in Böhlen fertig sein wird, so wird die mögliche gesamte tägliche Leistungsfähigkeit der Großkraftwerke Gröschelitz, Böhlen und Böhlen 100000 Kilowatt bei 700 Millionen Kilowatt nutzbarer jährlicher Leistung betragen. Dadurch werden an andern Kohlenorten mindestens 1 Million Tonnen mit einem ausreißenden Verkaufswert von über 22 Milliarden Mark frei, während der Verkaufswert der für die entsprechende Stromlieferung erforderlichen Menge Kohlen ausfällt zur Zeit nur 13 Milliarden Mark beträgt. Es würden also 9 Milliarden Mark jährlich für die deutsche Kohlenwirtschaft erspart werden.

Die Anfang Dezember 1922 sind beim staatlichen Elektrizitätsunternehmen rund 2 Milliarden Mark angelegt worden. Der Wert der Anlagen entspricht nach dem Inkongruenzwert Anfang Dezember etwa 35 Milliarden Papiermark. Zum weiteren Ausbau des Unternehmens sind nach dem Bestände Anfang Dezember 1922 etwa weitere 35 Milliarden Mark erforderlich. Bei Kriegspreisen würden für die zu errichtenden Anlagen etwa 50 Millionen Mark erforderlich gewesen sein.

Sächsische Angelegenheiten

Wer hat nun recht?

Die demokratischen D. N. N. werfen der sächsischen Regierung vor, daß sie auch in Weltanschauungsfragen die politische Macht entscheiden läßt. Besonders zwei Sätze aus der Rede unfer Genossen Heißner in der Debatte über die Schulverordnungen haben es dem demokratischen Blatt angetan:

„Der Regierung genügt die Zustimmung, die ihr von freireligiöser und monarchischer Seite und auch sonst vielfach geworden ist.“ Und: „Das Maß der Toleranz wird die sächsische Regierung selbst bestimmen.“

Dagegen heißt es in den kommunistischen Blättern über diese Debatte:

„Die Regierung verteidigt sich schwach und tritt den Rückzug an, indem sie der Religion größere Freiheit verleiht.“

Wer hat nun recht? Uns scheint, angesichts der Kritik von rechts und links, daß wir auf dem rechten Wege sind. Bedenklich wird es erst, wenn Bürgerliche und Kommunisten in trauriger Einheitsfront anfangen uns zu loben.

5,5 Milliarden Fehlbetrag in Sachsen

Wie uns berichtet wird, schließt der ordentliche Staatshaushaltplan Sachsens mit seinen Nachträgen, die dieser dem Landtag zugehen werden, in Einnahmen und Ausgaben mit rund 21 Milliarden Mark ab, der außerordentliche Staatshaushaltplan mit 5 Milliarden Mark Ausgaben. Darunter sind große Anforderungen für die Berg-, Hütten- und Elektrizitätswerke des Staates, 500 Millionen werden zur Förderung des Wohnungsbaus verlangt, 110 Millionen zum Bau der Talhörsen Muldenbau. Der Fehlbetrag des sächsischen Staates beläuft sich für 1922 auf rund 5,5 Milliarden Mark.

Eine alte Sache

In endlosen Zeitungsartikeln und noch endloseren Reden kämpfen die Kommunisten gegen die Rögemeinschaft. „Nicht Rögemeinschaft mit der Bourgeoisie, sondern Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse“, heißt es in einem Artikel der Sächs. Arbeiterzeitung. Und weiter:

Die Arbeiterklasse muß die Kapitalisten und Gewerkschaftsvertreter mit bewaffneten Händen, die auf Entlassung des Kapitals und neue Verfassung der Arbeiterklasse hinstreben, ganz energisch ablehnen.

Dieser Satz steht sogar zweimal in dem Artikel, nur daß beim zweiten Male die Gewerkschaftsvertreter den Kapitalisten vorangestellt sind. Wie sieht nun diese „energische Ablehnung“ in der Praxis aus?

In Chemnitz lagte im Dezember eine Betriebsratsversammlung, in der über 400 Kommunisten anwesend waren, u. a. auch der kommunistische Landtagsabg. Werh. auf der Tagesordnung stand u. a. die Beteiligung an der Rögemeinschaft. Nach längerer Ausdrache, in der u. a. auch Werh. zum Worte kam, wurde einstimmig beschlossen, der Rögemeinschaft beizutreten. Die 400 Kommunisten und Werh. machten also, um im Jargon der Kommunisten zu reden, den Arbeitern blauen Dunst vor und entlasteten die schwerreichen Kapitalisten.

Wir unser Genosse Franz ziehen Widerstand zwischen

kommunistischen Worten und Taten im Landtag andeutet, rief Werh. daswischen: Ach, laßt doch die alten Sachen ruhen!

In der Tat ist es eine alte Sache, daß zwischen den Worten und den Taten der Kommunisten meist eine unüberbrückbare Kluft liegt.

Auseinandersetzung mit dem früheren Königshaus

Die seit drei Jahren in Arbeit befindliche Vorlage über die Auseinandersetzung des sächsischen Staates mit dem früheren Königshaus ist fertig und vom Ministerium in seiner letzten Gesamtsitzung angenommen worden. Sie wird dem Landtag dieser Tage zugehen. Schloß Moritzburg geht unter gewissen Bedingungen in den Besitz des Königshauses über, Schloß Pillnitz, das seit etwa hundert Jahren im Besitz des Staates ist, verbleibt ihm. Die wertvollen Dresdner einstmaligen königlichen Sammlungen — Gemäldegalerie, Kupferstichkabinett, Grünes Gewölbe, Porzellanmuseen — bleiben restlich Eigentum der Wettiner, gehen aber an die „Dresdner Kulturstiftung“ über, in deren Verwaltung auch die frühere Herrscherfamilie Sitz und Stimme erhält. Tatsächlich gehören die Sammlungen also fortan dem Lande, und damit ist die Gefahr gebannt, sie könnten ihm ganz oder teilweise genommen werden.

Schulbesuch an religiösen Feiertagen

Ein wichtiges Gerichtsurteil

Wegen Verletzung des Volksschulgesetzes von 1873 hatte der Leipziger Schuhmachermeister R. zwei Strafbefehle über je 50 M. erhalten. Hiergegen forderte er richterliche Entscheidung, R. ist Jiraelit und hatte keine Tochter am Neujahrs- und Verlobungsfest nicht zur Schule geschickt. Außerdem hatte er dem Kinde unterlag, an den Sonntagen (Sabbat) schriftliche Arbeiten zu leisten. Vor dem Schöffengericht erklärte er, der Schulbesuch und die Leistung der schriftlichen Arbeiten an den Sabbattagen widerspreche seinem religiösen Glauben, das durch die Reichsverfassung geschützt sei. Das Gericht hat sich nun mit der Frage zu beschäftigen, ob das angezeichnete Kinde unter die Glaubens- und Gewissensfreiheit fällt, die jedem Deutschen laut Verfassung zugestanden ist.

Das Urteil lautete gegen R. auf Zahlung von 100 M. wegen Verletzung des Volksschulgesetzes. In der Begründung hieß es u. a.:

Die Eltern haben die Verpflichtung, ihre Kinder auch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen zum regelmäßigen Besuch des Schulunterrichts anzuhalten. Nach Artikel 136 der Reichsverfassung sind dem deutschen Staatsbürger seine früheren Rechte und Pflichten in weitem Umfang gewährleistet. In den Pflichten gebäre es aber auch, daß die Eltern ihre Kinder zum regelmäßigen Besuch der Schule anhalten. R. habe entgegen der Schulordnung sein Kind verpflichtet, am Sonnabend schriftliche Arbeiten zu verweigern. Nach Artikel 144 unterstehe das Schulwesen der Aufsicht der Landesbehörde. Sie sei dazu da, Verträge zu rügen und im Wiederholungsfall Strafen zu verhängen.

Eine seltsame Begründung

Die Beschwerde der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Leipzig gegen die Wahl des Oberbürgermeisters Dr. Kothke ist von der Kreisshauptmannschaft zurückgewiesen worden. Der Rat hatte entgegen einem Bescheid der Stadtverordneten einfach die Oberbürgermeisterwahl angelegt. Weiter stützte sich der Einspruch der S.-D.-Fraktion auf die Beschlussunfähigkeit der betreffenden Stadtverordnetenversammlung, da die Hälfte der Stadtverordneten vor der Wahl den Saal verlassen hatte. Nach nicht, der Einspruch wird zurückgewiesen, denn — heißt es in der Begründung — für die Kreisshauptmannschaft bestehe kein Bedenken, die Wahl zu bestätigen, da die tadellose Ausführung des Gewählens der Kreisshauptmannschaft bekannt und auch von keiner Seite mit tatsächlichen Gründen angegriffen worden sei.

Dazu bemerkt unser Leipziger Bruderblatt: Pechschmerz für die Objektivität der Kreisshauptmannschaft ist es doch, daß diese Entscheidung über eine Beschwerde zu einer Besichtigungsurkunde für Dr. Kothke werden konnte. Es ist wohl anzunehmen, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Der Ausgleichsausschuß für die Staatsbeamten, Lehrer und Behördenangestellten wird voraussichtlich — wie die Sächs. Staatszeitung mittelt — für die Zeit vom 1. Januar an um 60 auf 301 Prozent erhöht werden.

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens von Leon Frapin

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von H. M. de Grazia und J. Kunde

Als Sulette — bei Erwähnung ihrer vorigen Stelle auf dem Boulevard Beaumarchais — die Ursache der Feindseligkeit des Portiers auseinandersetzte, sprang Rosalie vor Ueberredung vom Sitz auf:

„Wie, keinen Liebhaber in deinem Alter? Was! Nicht möglich! Noch Jungfer? Ganz und gar, ohne Schaden? Aber wie kann das möglich sein? Wie bist du deinen Herren, Vätern wie Söhnen, den Gästen, Kaufmannsdienern, denn Fleischergehilfen, lebenswürdigen Herren auf der Straße, deinen Landsleuten, alten Kupplerinnen entgangen? Und in den Wohnungen, Manjarden, auf den Treppen, in den Kellern, Hinterhöfen? Und wenn man ohne Stellung, ohne Geld ist? Und in den verrufenen Hotels mit billigem Preis, wo man ein paar Tage wohnt?“

„Ich will nicht!“ sagte Sulette, leicht errötend, während ihr rotes Antlitz in nervöser Bewegung zuckte.

Trotzdem war sie nach ihren Meinerungen nicht der Meinung, daß die Liebe ohne Heirat ein Verbrechen sei; sie hätte sich sogar lieber aus Keigung hingeeben, als in legitimer Form die Heirat zu verweigern.

„Aber,“ fügte sie hinzu, „bis jetzt haben mich alle Männer, die mir nachhingen, einzig an das Tier im Menschen, in den Augenblicken der Sinnlichkeit, erinnert, und mich verlangt nach andern... Und dann, ich habe Ehrgeiz, ich fühle, daß ich, so wie ich bin, mehr Wert habe... ich warte... oh was weiß ich...“

„Aber man hat auf nicht wollen,“ sagte Rosalie, „Siehst du, man geht in keine Kammer hinauf, ist tot vor Ermüdung und frontal! Man fühlt sich ganz allein in diesem großen Paris und hat niemand, der auf und ließ zu einem ist... im Gegenteil, nichts als kümmerlicher Geiz ist rings um dich... Man liegt so zerflagen, so entmutigt da... weint in seine Kissen hinein... Und plötzlich, wer da? Es bedeckt jemand dein Gesicht mit Küßlen... man ist so matt, so blick vor

Traurigkeit, es ist dunkel... man kann doch die Lippen nicht küssen, welche einen lieblosen... Ich, ich habe immer den Verdacht gehabt, daß es der Herr war, der mich zum erstenmal besch... Der Herr war schon alt, trotzdem ist es schmeichelhafter...“

Auf ihrem Koffer sitzend, das Unterjäckchen offen, hielt sich Rosalie den Kopf, indem sie ihren Ellbogen auf den weißen Polster stützte; eine der weißen, fleckigen Brüste ruhte am Tischrand, dicht beim Ausströmen. Sulette hörte mit verlorenem Blick, ein vages Lächeln auf den Lippen, zu; sie lehnte sich gegen den Stuhl, mit emporgeschobenen Schultern, beide Hände zur Verteidigung im Saß ihres Kleides ineinandergepreßt.

Am Schluß, wie Sulette schlafen gehen wollte, hielt sie Rosalie in einer Umarmung fest und raunte ihr mit Bewunderung ausdrückender Ueberredung zu:

„Und du bist sogar den Kupplerinnen entgangen? Madame Coqueho hat dich nicht verführt?“

VIII

Frau Coqueho, welche zu Haus Karten legte — übrigens nannte man sie auch „die Vorsehung der Dienstmädchen“ — arbeitete mit dem Celaköllysystem, abends nach zehn Uhr die von den Bedienten benutzten Etagen aufzusuchen. Sie machte ihren Rundgang an genau festgesetzten Tagen, wie eine gewissenhafte Verkäuferin, welche ihre Kundenschaft versorgt.

Mit ihren fünfzig Jahren, der großen kräftigen Figur, dem kühnen Gesicht, dem Mund, der einem breiten und weichen Röhmann ähnelte, einer unwahrscheinlich großen, scheinbar angelegten Nase, die geschwollenen Augen zeichnete sie sich außerdem durch den rötlichen schwarzen Hut mit schwanfenden Federn, durch lange Pelzine und eine onkschliche schwarze Lederhose, die mehr ein Koffer war, aus.

Sie widmete Sulette eine besondere Sympathie, sparte für sie ein bezauberndes, nicht endenwollendes Lächeln, welches ihre Nase dem behaarten Kinn näherte und die Tränenrinne unter ihren Augen schmälerte machte.

„Sehen Sie, mein Mädchen, ich bin die Vorsehung der Dienstmädchen — ich kümmerge mich um alles... Ich muß Ihnen doch die Karten legen, Sie haben kein gemöhnliches

Bärchen, ich erkenne an mehr als einem Zeichen, daß Sie Abenteuer erleben werden... Und Sie haben gar kein Mittelchen nötig? Eine Unflucht ist so schnell begangen? Rosalie kann Ihnen sagen, ob meine Willen unfehlbar sind... Wähten Sie nicht eine ausgezeichnete Stelle bei einem einzelnen Herrn? Oh! Das ist ein Mann, wie er nur sein muß... und ungefährlich... seine eisensteife Zeit ist vorbei... er liebt im schlaffen Alter.“

Anfangs weigerte sich Sulette, selbst im Scherz die verkappten Angebote der Frau Coqueho zu hören; aber eines Abends drang diese in Gesellschaft Rosaliens in ihre Kammer.

Seitdem ergab sich Sulette in diese von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Besuche. Gleichwohl blieb sie so argwöhnisch, daß sie in Abwesenheit Rosaliens die Tür offen zu lassen verlangte, wie wenn sie irgendeine Hauberei vermutete, bei geschlossener Kammer gefürchtet hätte, aus Schwachheit der Verführerin nachzugeben, oder gar beherzt, hinhinzuweisen zu werden.

Ihre oberflächlich gemeinte Kammer besah ein kleines, hoch oben über der Dachrinne eingelassenes Fenster. Es war ein genügend großer Raum, dessen mit Stearintropfen besetzter Boden seit langem nicht geputzt worden war. Das übliche Mobiliar ähnelte dem in Rosaliens Kammer; dieselbe eiserne Bettstelle mit zwei Matratzen aus Strochleide, gleicher Strochleiderer Stuhl, auf dessen Lehne das Handtuch zum Trocknen hing, gleicher Tisch, auf welchem Kaarnteln und die Seife in zerbrochener Unterlage niederlich herumlagen. In diesem Verschlag verbirgerte die Dose, im Sommer zu schlafen, im Winter, sich mit Ruhe zu wärmen. Sein Lüftung entfernte diesen den Dienstmädchenkammern eigenen Geruch, den Gestank verbrannter Fettes und durchnäscher Wolle, der sich mit scharfem Mokkarduft abblöte. Kein Gefährt hob diesen so fernem und verworrenen Pariser Lärm auf, der mahndend an die Trennung der sechsten Etage von der übrigen Welt erinnerte.

Sulette blieb fluchtbereit neben, Frau Coqueho fehlte sich, freute die Hände über der großen schwarzen Tafel und ließ ihr zweideutiges Gelächter vernehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Deutsche Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, zur Verminderung der Steuerlastigkeit den Bau städtischer Wohnhäuser...

In städtischen Erziehung wird gegenwärtig die Stadt im oberen Weichselberg vollständig neu gebaut. Gleichzeitig wird auch an einer neuen Bahn von Schmiedeberg durch das Böhmlische Tal...

Die außerordentliche Generalversammlung am 13. Januar, zu der die anwesenden Aktionäre und Vorzugsaktionäre 81 650 Stimmen verzeichneten, beschloß einstimmig, das Aktienkapital um 250 Millionen auf 100 Millionen zu erhöhen...

Die Verkaufslage einer Leipziger Fabrik ist durch unüberantwortliche Fälligkeit eines Hilfsmonitors ein Raub der Klammern geworden. Entgegen einem Verbot hatten sich Lager und Aufstellraum von ihnen bemächtigt...

Die Opfer des Leipziger Arbeiterstreiks, die sich an ihm im Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache beteiligten haben, erhalten jetzt Zahlungsbefehle durch das Amtsgericht oder Mahndriefe von Nachbarn...

Die erste Schöpfung in Sittau amirierte bei einer Schöpfungsgeschichte Frau Heilig-Tränmer.

Der letzte deutsche Kriegsgefangene, der Krankheitskammer in Toulon zurückblieb, ist der Ergebirger Otto Reuter aus Ehrenfriedersdorf.

Stadt-Chronik

Die vom Rhein

In den Dresdner Nachrichten vom heutigen Dienstag, in denen zwei Spalten der ersten und nahezu zwei Spalten der zweiten Seite mit Berichten über die erste Lage im Ruhrgebiet gefüllt sind...

Das graue Innere der erbebenden Sonntage wieder das Bild des grauen Alltags hinstrecken zu müssen, ist schwer. Dem deutschen Volke ist dieses Schicksal befallen. Das es unter der Last nicht erliegen, sondern sich die Geisteskraft, die zur Überwindung eines drückenden Schicksals erforderlich ist...

Und so weiter. Diesem Artikel aber gegenüber, auf der ersten Beilagenseite, steht wohl als ein Musterbeispiel dafür, wie der deutsche Geist sich frei von politischer Eigenbrötlei gegen weltliche Gewalt erhebt...

Die große Prunkszugung derer vom Rhein im Ausstellungslande am Freitag zeigte die Kraft und die mahnende Wärme eines von deutscher Würde und von Herzengüte getragenen vornehmen Humors. Wollte der Präsident Hans Walther nach dem sehr feierlichen Aufzug des „Reinen Rates“ durch die in dem langgestreckten Saal der langen Kasse...

Wenn soll man mehr bewundern? Die vom Rhein, die in Rarrentleiden mit Schergen und Knallherben gegen die Bedrängnis ihrer Brüder am Rhein „protestieren“? Oder die Dresdner Nachrichten, die diesen Bericht darüber schreiben lassen und abdrucken und es doch fertig bringen, der Sozial-

demokratie zwei Tage nach der ersten Rundgebung der Dresdner Arbeiterkassen vorzuwerfen, daß sie verjagt habe? Wenn man mehr bewundern?

Die armen Hakenkreuzler

Ah, du lieber Augustin, alles ist hin! Das war das Leitmotiv der Ausführungen, mit denen kürzlich der Redakteur des Bürgerwächters, Dr. Cronau, in einer Versammlung des Bürgerrats...

Wir zweifeln wohl mit Recht daran, daß sich sehr viele Gesinnungen finden lassen werden zu einer solchen Propaganda, und noch mehr bezweifeln wir, daß sie Erfolg haben wird. In der Wahlkampf den beschämenden Beweis erbracht habe, daß das Bürgerium im Gegensatz zur Sozialdemokratie nichts für seine Presse übrig habe...

Im großen Saale des städtischen Ausstellungspalastes fand am Montag nachmittags eine Protestversammlung gegen das von der Regierung beschlossene Schanzplättchengesetz und gegen die Unternehmerrückstellungen statt. Eindrücklich war die Teilnahme, die man als Gewerkschaften bezeichnete...

Begier der Abstinenz

Im großen Saale des städtischen Ausstellungspalastes fand am Montag nachmittags eine Protestversammlung gegen das von der Regierung beschlossene Schanzplättchengesetz und gegen die Unternehmerrückstellungen statt. Eindrücklich war die Teilnahme, die man als Gewerkschaften bezeichnete...

Gemeinsame Hilfe

Die Deutsche Volkspartei schreibt uns: Mit dem Steigen der Leuerung hat sich in den letzten Jahren der Sozial- und Kleinrentner und die Hilflosigkeits- und Gebrechlichkeit den in dieser schweren Zeit fast überhaupt keine Einnahmen mehr haben...

Novemberturnusanten vor Gericht

Wegen Teilnahme an den Märschen im Anschluß an die Demonstrationen am 18. November hatten sich die drei Brüder Otto, Alfred und Richard Eiser mann vor der 5. Strafkammer zu verantworten. Ein vierter Bruder dieser drei, der ebenfalls wegen des gleichen Vergehens angeklagt ist...

Sie seien wohl mit den Demonstranten gegangen und auch bei den Aufmärschen dabei gewesen, wollen sich aber am Einschlagen von Fensterscheiben und Märschen von Wägen nicht beteiligen haben. In Frage kommen in diesem Falle ein Scholasterngeschäft und ein Kleidergeschäft auf der Annenstraße...

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat die alljährliche Neuwahl des Fraktionsvorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender der Genosse Eiser, als Beisitzer die Genossen Vinkert und Walter...

Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Am 14. Dezember 1922 ist die alljährliche Neuwahl des Fraktionsvorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender der Genosse Eiser, als Beisitzer die Genossen Vinkert und Walter...

Gegen die Bebauung der Gegend. Die Besitzer des Grundstücks Schloß Albrechtsberg in Dresden-Neustadt haben für den nordöstlichen Teil des Grundstücks einen Bebauungsplan-Entwurf aufgestellt. Der Stadtrat zu Dresden hat beantragt, vor Feststellung dieses Bebauungsplans das wasserrechtliche Verfahren abzusetzen...

Der dreifache Diebstahl im Dresdner Schlachthof. Bei dem, wie gemeldet, einem auswärtigen Fleischermeister das Geschäft mit vier lebenden Schweinen gestohlen wurde, hat sich bisher noch nicht völlig aufklären lassen. Der Spürhund — es soll ein jüngerer Mann in Frage kommen — hatte das gestohlene Geschäft in der Großenbäumer Straße im Stiche lassen müssen...

Theaterausweise und Nahrungsgewinne sind nicht im Hauptpolizeibüro, sondern in der zuständigen Bezirksstelle zu beantragen.

Die für heute angesetzte Vorstellung fällt wegen unvorhergesehener Schwierigkeiten aus.

Diebstahl eines wertvollen Marmorfigur. Gestohlen wurde am 28. Dezember aus einem Geschäft an der Prager Straße eine Marmorfigur mit Bronzegenand, heißt: Zwei Wege. Die Figur stellt einen Halbakt dar, die linke Hand sinnend am Kopf gelegt, die rechte Hand hält das bis an die Hüften herabhängende Bronzegenand. Am Fuße der Figur befindet sich der Name des Künstlers: Genard. Mitteilungen über den Verbleib der Figur nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Warnung. In letzter Zeit sind in geradezu erschreckendem Umfange hier und in der Umgebung aus den Gärten Wasserleitungsrohre mit Messinghähnen, aus den Abortanlagen in Schulen, Wohnhäusern und öffentlichen Bedürfnisanstalten die Wasserleitungsrohre, von Strahlen und Plagen die gusseisernen Schließenscheiben, von Wohnhäusern die Abflüsse, Treppentritten, Türschlösser usw. gestohlen worden. Da das Abheben von Schließenscheiben für Fußgänger und fuhrwerksecht Gefahr mit sich bringt, wird die Einwohnerpolizei ersucht, alle verdächtigen Wahrnehmungen sofort dem nächsten Polizeibeamten mitzuteilen.

Unterdrückung von Terpentinsäure und Beinsäure. Einen empfindlichen Schaden erleidet eine gewisse Firma, die ihren Marktanteil von 200 000 M. zu ihrer Konkurrenz verlor. Der Marktanteil brachte die Waren nicht zur Ausschüttung, sondern verflüchtigt. Der Beinsäure und das Terpentinsäure befinden sich in Flüssigkeit und in einer Steinart. Die Beinsäure trägt die Aufschrift der Firma Walter Göhm. Für die Wiederherstellung der Waren hat die geschädigte Firma 10 Prozent des Wertes als

Vertical text on the right edge of the page, including page number and other marginal notes.

Mißstände in einem Dresdner Reichswehr-Lazarett

Unter dem Arsenol an der Königsbrüder Straße und im räumlichen Zulammenhange mit ihm befindet sich das sogenannte Standardlazarett (welch schönes deutsches Wort!) der in Sachsen stehenden Reichswehr. Es ist in der Hauptkategorie belegt mit Gonorrhöe- und Quetschkranken. Von diesen gehen uns Klagen zu, von deren Richtigkeit, soweit das möglich war, wir uns durch einen Besuch des Lazarett überzeugt haben und die wir deshalb hier vorbringen, weil die Soldaten keine dienstliche Beschwerdeinstanz haben, die sie unbefugt hört. In bekannter Weise gehen die Beschwerden „zur Berichterstattung“ immer wieder an die Stellen zurück, gegen die sich die Beschwerden richten — und diese beitreten natürlich alles. Die Beschwerden liegen auch nicht allein an Personen, sondern zum Teil auch an der gesamten Einrichtung des Lazarett, dessen Insassen in der Tat wahre arme Lazarusse sind.

Schon die ganze Anlage des Lazarett ist bedenklich. Die Kranken sind in Räumen untergebracht, die durchaus nicht als Wohnräume für Menschen, am allerwenigsten für Kranke gebaut worden sind. Es sind aus Holzwerk ausgeführte, dünn mit Riegeln ausgelegte Schuppen, in denen früher allerhand Militärgerät, vielleicht sogar Wagen, untergebracht waren und die nur notdürftig für den jetzigen Zweck vorgerichtet worden sind. Sie sind größtenteils für Krankenzimmer zwecklos ungeeignet, mindestens im Winter. Da ist z. B. ein langes, ganz schmales Zimmer, das nur an der einen Schmalseite ein einziges Fenster hat; darinnen stehen elf Betten, die nur einen schmalen Gang längs der Wand übrig lassen. Man kann sich die Luft in dem Raum vorstellen, obwohl der Kranke an der schlechtesten Stelle über beständigen Zug klagt. Andre Räume sind saalartig und bieten etwas mehr Platz, haben auch an zwei Seiten Fenster, aber wegen der außerordentlichen Höhe der ursprünglich doch gar nicht als „Zimmer“ gedachten Räume, und weil die Fenster schlecht schließen, sind sie, obwohl man die großen Fenster bis Mannshöhe mit Decken verhängt hat, an kalten Tagen nicht warm zu bekommen, da die herausgehenden Kohlenportionen äußerlich klein sind.

Auch über mangelnde Reinlichkeit wird geklagt. Zum Reinigen der Fußböden hat man keine Besen (Eimer oder Ähnliches); es muß deshalb „gekloppt“ werden. Da der Fußboden teilweise Löcher hat, in die das Wasser eindringt, nicht aufgetrocknet werden kann und die Feuchtigkeit noch weiter befördert, kann man das nicht gerade hygienisch nennen. Auch die Aborte sind weder sehr modern, noch sehr gut gehalten. Wie wenig Rücksicht auf Regungen und Gefühle der Kranken genommen wird, zeigt sich darin, daß ausgerechnet im durchaus unsauberen Vorraum der Aborte die Kessel aufbewahrt werden, in denen man die Speisen für die einzelnen Säle aus der großen Küche holt. Auch an einer Säle mitten in einem mit circa 20 Betten belegten Saal sah Schreiber dieses eine Speisekelle zum Ausschöpfen der Speisen hängen. Man braucht wirklich kein Bakterienforscher zu sein, um so etwas für äußerst gesundheitswidrig zu halten.

In der Stube neben der Badegelassenheizung wird über große Katerlakenplage geklagt. Die Schaben laufen nicht allein auf dem Boden herum, sondern kriechen auch in Betten und Kleidungsstücke, was natürlich wenig angenehm ist. Die Ausrottung der Insekten dürfte wegen der ganzen baulichen Anlage gar nicht möglich sein; das Zimmer müßte vielmehr gänzlich geräumt werden.

Die Kranken beklagen sich darüber, daß man sich um sie sehr wenig kümmere und sie ihre Krankheit viel zu sehr selbst überlassen. Auch behaupten sie, sie würden noch älter, längst überholten, von Privatärzten gar nicht mehr benutzten Methoden behandelt. Darum komme es häufig vor, daß Gonorrhöekranke in 5, 6 und mehr Monaten noch nicht geheilt, vielmehr, wie man sich im Volke ausdrückt, „verdorft“ seien. Das weitere Schicksal dieser Patienten ist sehr schwer; sie werden später als ungeheilt und dienstuntauglich zu ihrer Truppe entlassen und erhalten dort die dreimonatige Kündigung. Nun erst können sie sich von einem Arzte ihres Vertrauens behandeln lassen, jedoch die Heilung ist wegen der bereits langen Dauer der Krankheit meist sehr langwierig und kostet Geld, das die Bekindigten und Entlassenen meist nicht besitzen. Darum wünschen sehr viele neu Erkrankte, nicht ins Lazarett zu kommen, sondern sich sofort auf eigene Kosten von Privatärzten behandeln zu lassen. Das ist zulässig, wird aber in den meisten Fällen verweigert. Weßhalb man diese Form der Behandlung auf ausdrücklichen Wunsch nicht zuläßt, ist nicht zu ersehen. Die Gegenleistung

solchen Zwanges müßte doch mindestens sorgfältigste Behandlung sein. Es wurde aber von einigen Kranken berichtet, die vor Weihnachten als geheilt entlassen wurden, dann aber Rückfälle erlitten.

Weiter beklagten sich die Kranken, daß sie wie Gefangene behandelt werden, besonders neuerdings nach einem Arzthwechsel. Als Erholungsplatz im Freien sollen ihnen aber, bei Regen morastige Sandflächen zwischen den schuppenartigen Gebäuden dienen. Ein wenig Grün gibt's im Sommer nur in einer kleinen Ecke. Daß man hier bei mehrmonatigem Aufenthalt in Gesellschaft lauter ähnlich Leidender gemütskrank werden kann, ja man ist gar nicht zu bezweifeln. Einige Stunden Tagesurlaub in der Woche, um einmal in der Stadt andre Dinge und Menschen zu sehen, wird, besonders neuerdings, meist verweigert. Der frühere Oberarzt bewilligte regelmäßig dem zehnten Teil der nicht ansiedlungsfähigen Kranken Ausgang. Warum geschieht dies heute nicht mehr?

Wie man in dieser Beziehung heute vorgeht, soll an nur einem Beispiel gezeigt werden. Ein Kranker erhielt eine Privatklage und wurde deshalb zum Amtsgericht bestellt. Er meldet das und bittet um Urlaub, um sich noch vor dem Termin mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen zu können. Dieser Urlaub wurde ihm verweigert. Zum Termin selber gab man ihm einen Begleiter, der sich wie ein Schütze an ihn heftete und ihn selbst in das Zimmer des Amtsrichters begleitete. Als dieser den Sachverhalt erfährt, vertagt er den Termin und gibt dem Soldaten den Rat, nochmals um Urlaub wegen eines Rechtsanwalts einzukommen und die vorgelegte Instanz darauf aufmerksam zu machen, daß sie im Weigerungsfalle für allen entstehenden Schaden verantwortlich sei. Der Soldat folgte diesem amtl. Rat, und was war die Folge? Der Urlaub wurde nicht bewilligt, der Soldat mußte vielmehr seine Sachen zusammenpacken, wurde noch seiner Garnison zurückgeschickt und ist dort wahrscheinlich als dienstuntauglich entlassen worden.

Den Kranken werden auch Arbeiten abverlangt, wogegen ja, wenn Krankheit wie Arbeit leicht sind, nicht viel zu sagen ist. Aber knorriges Holz zu hacken, ist keine leichte Arbeit. Auch beschwerten sich die Kranken darüber, daß es nicht gern gesehen wird, wenn die Kranken über der Arbeit nicht ihre notwendigen Heilvorhaben vernachlässigen wollen. Hierzu ist natürlich zu sagen, daß die Kranken nicht der Arbeit wegen im Lazarett sind.

Auch die Behandlung im ganzen scheint noch recht rückständiger Art zu sein. So hat man den Kranken wegen Vorkommnissen, für die nur der einzelne verantwortlich ist, Spaziergänge im Gelände des Brichhillsgrundes, ebenso Weihnachts- und Silvesterfeiern verboten; man ließ die Kranken nicht einmal ins Freie gehen, um die Neujahrs-glocken der Stadt läuten zu hören.

Der Soldat kann sich dieser von ihm als unwürdig gefühlten Behandlung nicht entziehen. Während die vorgelegten Behörden allerhand Rechte zur Kündigung besitzen, hat der Soldat fast keine solchen. Er muß sich auf alle Fälle fügen und wird in andern Fällen disziplinarisch noch den für ihn geltenden Gesetzen — wenn er eben nicht Knall und Ball entlassen wird — mit Arreststrafe oder Arrest bei Wasser und Brot bestraft. Zu beiden Fällen aber muß er den Behandlungstermin mit zur Zeit 600 M. pro Tag bezogen. Der Heilung können solche Strafen — auch in der Arrestlokalen wird nicht gerade übermäßig geübt — gewiß nicht förderlich sein und mit Recht verlangen die Mannschaften, daß solche Strafen erst nach erfolgter Heilung vollstreckt werden.

Es ist noch alledem kein Wunder, daß die Begeisterung für die Republik im Soldatengemüts nicht gerade üppig geblüht. Die Vermutung liegt nahe, daß dies gerade der Zweck der Heilung ist. Aber die demokratisch geklärten Zustände in der Regierung haben sicher die Pflicht, darauf zu sehen, daß dem Heer die Republik nicht systematisch verfehlt, es geradezu zur Feindschaft gegen diese erregt, ja genötigt wird. Um die baldige Aenderung der Zustände zu fördern, veröffentlichten wir die uns zugegangenen Klagen, zugleich aber, um den noch unangeklärten Angehörigen des Heeres zu zeigen, daß es nicht die Republikaner sind, die das Fortbestehen der Zustände alter Zeit zu verantworten haben oder auch nur billigen.

Unser Bericht ist durchaus unvollständig und es wäre noch mancherlei Veränderungswürdiges zu erwähnen. Nur das eine noch sei gemeldet — beinahe hätten wir geklagt: selbstverständlich — das Fehlen der Dresdner Volkszeitung im „Standardlazarett“ unterlagt ist!

Belohnung ausgelobt. Die Hüter der Baren werden ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

Bezirksmieteauschüsse. Pieschen-Trachenberge. Sonntag, 18. Januar, abends 7 Uhr, im Restaurant Sauer, für den 1. Bezirk. Mittwoh, 17. Januar, abends von 8 bis 9 Uhr, im Restaurant Grundstein, Reisinger Straße 12. Mittwoh den 17. Januar, abends 8 Uhr, Bezirksmieteauschüsse mit Straßenobscuten im Restaurant Grundstein, Reisinger Str. 12. Unterrichtsabend für den 2. und 8. Bezirk fällt besonderer Umstände halber am Donnerstag den 18. Januar aus. — Pieschen-Trachenberge. Donnerstag den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksmieteauschüsse im Novaks Restaurant, Böllnerstraße 85. Reu- und Oppellborchadt. Neben Sonntag, vorwiegend 10 Uhr, Auskunftsberatung im Restaurant Kurfürstener, Wobner, Ecke Kurfürstenerstraße. Neben Donnerstag im Restaurant Königswald, Rüdigerstraße, abends 6 Uhr. — Pieschen-Trachenberge. Montag den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgergarten, Mitgliederversammlung. Die neue Grundsteuer. Die Bekanntmachung über Ausrechnung. Referent: Baumwälder.

Arbeiter-Kontinentenbund. Mittwoh den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Versammlung. Vortrag des Genossen Kramert über: Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. Gäste willkommen.

Dresdner Umgebung

Bohemus. Gemeinderat. In der ersten diesjährigen Gemeinderatsitzung übernahm der sein Amt als Gemeinderat übernehmende Herr Gutsch über Wärtner diesen Posten Herr Gutsch über Wärtner. Genosse Einert beantragte den öffentlichen Fußweg von der Hühnermühle bis Bohemus auszugeben, und eine Kaserne an dem freien Rand von der Mühle bis über den Teich derzulegen, um die Gefahr eines Absturzes bei einem Fehltreit in der Dunkelheit zu beseitigen. Das soll nun endlich geschehen und der Fußweg in gangfähigen Zustand versetzt werden. Weiter kam eine Beschwärde von Einert an die Amtshauptmannschaft über die vom Nachzügler Dindorf ausgeübte Polizeiverletzung an Minderbemittelte zur Sprache, wozu nach Ansicht Einerts Leute mit Holz bedacht worden sind, die es nicht so nötig haben, wie Familien mit kleinen Kindern. Einert ist der Ansicht, daß wenn die Verteilung mit einem Meter pro Hektar erfolgt wäre, jeder versorgt werden könnte. Einert hält seine Beschwärde aufrecht und wird erneut an die Behörde herangezogen. Bei Besprechung dieser Angelegenheit kam es zwischen Einert und Paul Dindorf zu scharfen persönlichen Auseinandersetzungen, wobei Dindorf Einert vorwarf, er habe viel mit dem Bericht zu tun. Einert stellte demgegenüber fest, daß er als Vorwand für viele ungeliebte Kinder es als Ehrensache ansah, die ungeliebten Kinder durch das Gericht zur Unterhaltspflicht zu zwingen. Zum Schluß wurde die Besetzung des Bezirkes besprochen, wobei die Beschuldiger die schlimmsten Anschuldigungen äußerten, u. a., daß man sich mit Bulber und Bier begnügen müßte. Revision und Genere seien genug da, und die Arbeiten gingen alle wieder mit. Viele verwirrende Ansichten wurden entsprechend zurückgewiesen.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Freitag, 6. Uhr, bei Volkmanns Vorlesung: Arbeitsplan, 4 1/2 Uhr, Versammlung: Bekannte Gewerkschaftsfragen (Zimmermann), 2. Februar: Schulunterricht und neuer Staat. (Trink — Volkmann). 28. Februar: 18. der L.-B. und die Partei. — Alle Genossen, die zur Jugendbewegung Jugendunterredungen abhalten, werden gebeten, etwaige Wünsche, Anregungen und Vorschläge sofort an Genossen Frank zu leiten. Weiter werden alle Genossen gebeten, darauf zu achten, ob und wo etwa Veranstaltungen der Arbeiterbewegung (siehe Parteizeitung) stattfinden.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamte. In der morgen Mittwoh, abends 8 Uhr, in Stadt-Beatsburg, am Neumarkt, stattfindenden Versammlung spricht Redakteur Kurt Heilbut über das Thema: Sozialismus und Demokratie. Der Vorstand bittet, daß von jeder Dienststelle, Sachabteilung, den technischen Gruppen, Ombudsstellen, den Verwaltungseffekten und den Bezirksgruppen alle drei Polizeibeamte bestimmte Vorschläge für Vertrauensmänner mitgebracht werden. Ergeht alle, Kürtierung ist bitterste Notwendigkeit für den Polizeibeamten der Republik.

4. Unterbezirk

Kinderfruchtmission Dresden-Neustadt. Mittwoh, nachmittags 3 Uhr, Spieltag im Jugendheim. Wenn möglich, ein Brief mitbringen.

6. Unterbezirk

Gruppen I bis 6. Nächsten Donnerstag den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Suedland, Glasbiller Straße 98, Sitzung des Arbeitsausschusses. Die Jugendbeiräte und die Mitglieder der Kinderfruchtmission sowie alle, die sich für Jugendfragen interessieren, sind dazu besonders eingeladen.

Bezirk Laubegau. Heute Dienstag kein Frauenabend. Dafür werden alle Genossinnen in die Mitgliederversammlung am Freitag bei Verthold beladen. — Sonntag den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im kleinen Saale von Amsterdam unsere Weihnachtsfeier für Kinder und geistliches Beisammensein der Genossinnen und Genossen statt. Die Kinder rufen sich artig, und möchten die Genossinnen und Genossen durch ein Scherlein bei der Sammlung die Veranstaltung unterstützen. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen. — In Saal ist geheilt.

Bereinigte Arbeiterjugend

Gruppe Trachenberge. Mittwoh den 17. Januar, 7 1/2 Uhr, Jahreshauptversammlung. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Ohne Mitgliedenausweis kein Zutritt.

Gruppe Gorbis. Mittwoh den 17. Januar, im Jugendheim, Vortrag des Herrn Lehrers Finke über: Sitten und Gebräuche.

Wettervorhersage für den 17. Januar

Rückgang von Temperatur und Bewölkung, zunächst noch Schneefälle.

Wetterlage: Die nördliche Depression ist auf der Karte kaum mehr zu erkennen, aber über Polen liegt ein Tiefdruckzentrum, das sich von ihr abgetrennt hat. Letzteres schiebt etwas südwärts fort, während ein Hochdruckteil nachfolgt. Eine nördliche Luftströmung wird von Temperaturabnahme, zunächst auch noch zeitweilige Schneefälle bringen. Bei Poland naht eine kräftige Depression, die voranschreitend nach weichen Tagen eine Umgestaltung der gegenwärtigen winterlichen Wetterlage bewirken wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die christlichen Gewerkschaften

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt über den Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland folgendes mit:

Es gehören dem christlichen Gesamtverband an 10 Verbände mit 8687 Mitglieder. Es betrug die Mitgliederzahl insgesamt am Jahresende (1921) 1 028 000 gegen 1 105 894 im Vorjahre. Im Durchschnitt des Jahres 1921 waren vorhanden insgesamt 956 848 Mitglieder, darunter 232 250 weibliche. 1920 belief sich dagegen die Gesamtzahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt auf 1 078 792, darunter 214 550 weibliche. Es ist demnach ein Verlust von 90 448 Mitgliedern eingetreten. Die weiblichen Mitglieder haben entgegen dem Gesamtverlust eine Vermehrung um 17 700 aufzuweisen. Von den angeschlossenen Verbänden haben fünf über 100 000 Mitglieder, und zwar zählen die Verbände der Metallarbeiter 227 518, Bergarbeiter 180 751, Textilarbeiter 117 940, Holzarbeiter 108 189, Landarbeiter 108 792 Mitglieder. Bei den übrigen Verbänden betragen sich die Mitgliederzahlen zwischen 2074 (Bauarbeiter) und 40 306 (Raucharbeiter).

Es wurden 1921 im ganzen 145 898 696 M. vereinnahmt (1920: 84 815 900), davon floßen 126 001 178 M. (80 770 581) aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe betrug 100 622 641 M. (63 413 688). Der Vermögensbestand belief sich am Schluß des Jahres auf 63 650 646 M. (42 413 950). Im einzelnen wurden verausgabt für Arbeiterlohn- und Reiseunterstützung 2 684 960 M., Krankenpflege 8 561 012 M., Sterbegeld 699 658 M., Nachsorge 2 787 490 M. und für sonstige Unterstützungen 412 481 M., im ganzen für Unterstützungen und Nachsorge 15 086 596 M. (8 840 210). Die Ausgaben für Karitativleistungen, Streiks und Gemeinwohlunterstützung betragen 10 618 233 M. (8 806 805) und die für Verbandsgänge und Bildungsarbeiten 10 158 827 M. Die Beiträge an den Gesamtverband machten 959 025 M. aus, und die sonstigen Ausgaben beliefen sich auf 4 081 145 M. Die Verwaltung verbrauchte 50 622 084 M. Kosten. Die in Klammern beigefügten Zahlen von 1920 lassen die Steigerungen der wichtigsten Posten erkennen.

Streit im Zwickauer Bergrevier

Weil ihre Forderung auf sofortige Auszahlung von 10 000 M. pro Mann abgelehnt wurde und weil eine weitere Forderung, nur mit den Belegschaften direkt zu verhandeln, mit dem Beamten zurückgewiesen wurde, daß der ordnungsmäßige Weg innegehalten sei, sind am Sonntag die Belegschaften von Bürgerstadt II, Gottesbühle, Wankhof und Tiefbau in den Zustand getreten. Die Ausständigen zogen auch nach Bürgerstadt I und Glindaus und veranlaßten die dort arbeitenden Bergarbeiter, sich dem Streit anzuschließen. Die Vermittlungen eines Regierungskommissars waren bisher vergeblich.

Am Montag streikten von den vier Werken noch ein Drittel, circa 1200 Mann. Auch im Zugau-Oelsniger-Revier wird versucht, die Bergarbeiter aus andern Gründen zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, allerdings bis jetzt ohne Erfolg.

Der Bergarbeiterverband wendet sich, wie wir erfahren, gegen diese planlose Bewegung. Eine am Sonntag vormittag in Zwickau abgehaltene Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die zu der Streikbewegung Stellung nahm, sah eine Entschleunigung, in der sie es ablehnt, den jetzigen Streit zu unterstützen. Sie beauftragte die Bezirksleitung, sofort neue Lösungsversuche einzuleiten. Ferner wurde mit überwiegender Mehrheit die Kampfmethode eines kleinen Teils der Zwickauer Bergarbeiterschaft, der übrigens außerhalb der Organisation steht, beurteilt und zum Ausdruck gebracht, daß man dieselbe weder mitmachen, noch unterstützen könne, weil sie gegen die Interessen der Bergarbeiterschaft verstoße und den Bergarbeitern nicht das einbringe, was die Führer dieses wilden Streiks ihnen in Aussicht gestellt haben.

Achtung, Schuhmacher!

Für das Schuhmachergewerbe im Freistaat Sachsen ist für die Zeit vom 16. bis 31. Januar folgender Anzebestenstarif gültig:

	Klasse			
	I	II	III	IV
Männliche über 21 Jahre	410	406	402	398
• 19 bis 21 Jahre	400	396	392	388
• unter 19 Jahren	380	376	372	368
Weibliche über 21 Jahre	380	376	372	368
• 19 bis 21 Jahre	350	346	342	338
• 17 bis 19 Jahre	330	326	322	318
• 15 bis 17 Jahre	305	301	297	293

Akkordtarife werden wegen zu hoher Kosten nicht zum Druck gegeben.

Die Beamtenbezüge. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit den Erhöhungen der Beamtenbezüge. Genosse Bender wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es seit der letzten Reuregelung der Beamtenbezüge schon wieder so weit gekommen sei, daß die Feuerungsaufschläge bereits das Dreifache der Grundgehälter betragen. Dieser unerträgliche Zustand müsse durch eine schnelle Reuregelung der Grundgehälter beseitigt werden. Bei der Beratung des Verordnungsentwurfs über die Erhöhung der Feuerungsaufschläge und der Einkommensgrenzen im Gesetz über Feuerungsmassnahmen im Militärrentner erklärte Genosse Jäder, daß der Entwurf der Feuerung Rechnung trage. Die im Gesetz vorgesehene, im August 1922 geachteten Feuerungsaufschläge würden auf das 15- bis 20fache, bei den Soldaten auf das 24fache erhöht. Die neuen Sätze würden noch durch den zuständigen Reichstagsausschuß um 1 Milliarde Mark für den Monat erhöht. Der Haushaltsausschuß stimmte dem Gesetzesentwurf an.

Die Grundzüge des Schlichtungswesens, von Regierungsrat Dr. Georg Katow. (Verlag J. F. W. Dieckhoff, Berlin-Stützpunkt.) Grundzüge 60 Pf. Der Verfasser des bekannten Kommentars zum Betriebsrätegesetz erläutert in fünf Kapiteln die wichtigsten Grundfragen des Schlichtungswesens, wie sie sich aus dem Zusammenhang von Tarifrecht, Betriebsrätegesetz und Schlichtungsgesetzen ergeben, zugleich unter Berücksichtigung des Entwurfs der Schlichtungsordnung. Der Begriff „Gesamtschlichtung“ und „Einzelstreitigkeit“ bildet den Kern der Abhandlung, die jeden Praktiker wie Theoretiker des neuen kollektiven Arbeitsrechts in gleicher Weise interessieren wird. Das Werk ist Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, für Betriebsräte und Arbeitsrichter, wie für Schlichtungsbehörden, Demobilmachungskommissionen, Gewerkschaftsbeamten, Richter und Rechtsanwälte von großem Wert.

